

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 8

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Außenpolitik

Die Konferenz der Außenminister, die vom 11. Mai bis zum 20. Juni und vom 13. Juli bis zum 5. August in Genf tagte, ist ergebnislos zu Ende gegangen. Weder über das deutsche Problem noch über die Berlin-Frage konnte eine Einigung erzielt werden. – Der Besuch Nixons in der Sowjetunion und seine Rededuelle mit dem russischen Ministerpräsidenten, vor allem aber die an Chruschtschew ergangene Einladung, die Vereinigten Staaten in der zweiten Septemberhälfte zu besuchen, erleichterten den Abbruch der totgelaufenen Gespräche zwischen den Außenministern der drei Westmächte und der Sowjetunion in der ehemaligen Völkerbundstadt.

Die Weltöffentlichkeit blickt nun gespannt auf das bevorstehende Zusammentreffen der höchsten Repräsentanten der zwei mächtigsten Staaten. *Chruschtschew wird die Vereinigten Staaten besuchen, Eisenhower die Sowjetunion.* Wie wird das Ergebnis dieser gegenseitigen Besuche und der damit verbundenen Besprechungen lauten? Was kann man von einer solchen persönlichen Fühlungnahme erwarten? Werden die beiden Staatsmänner tatsächlich versuchen, miteinander ins Gespräch zu kommen oder werden sie sich mit rhetorischen Proklamationen an die Adresse ihrer eigenen Völker begnügen? Ist dies nun der richtige Weg, um die großen weltpolitischen Probleme anzuschneiden, ganz zu schweigen von dem Versuch, die hängigen Fragen auch zu lösen? Das sind Fragen, die sich zwangsläufig aufdrängen.

Hoffen wir, daß es beiden Seiten gelingen wird, auf Grund dieser Kontakte wenigstens einen Teil des ideologischen Ballastes abzuwerfen, einige tiefverwurzelte Vorurteile zu überwinden, die sich hüben und drüben angehäuft haben, damit die Dinge endlich so gesehen und beurteilt werden, wie sie in Wirklichkeit sind. Man muß sich aber bewußt sein, daß die politischen Probleme unserer Zeit nicht ohne weiteres auf die verantwortlichen Staatsmänner der beiden Großmächte abgewälzt werden können. Die Verantwortung läßt sich nicht einfach auf andere, kräftigere Schultern übertragen.

In einigen westeuropäischen Hauptstädten hat die kommende Begegnung Chruschtschew–Eisenhower eine gewisse Beunruhigung ausgelöst. Plötzlich ist wieder das Gespenst einer möglichen Verständigung der beiden Supermächte über die Köpfe der Verbündeten hinweg und auf Kosten der kleineren Nationen aufgetaucht. Präsident Eisenhower hat aber deutlich zu verstehen gegeben, daß er mit Chruschtschew keine eigentlichen Verhandlungen zu führen gedenke. Die Reise des amerikanischen Präsidenten nach Europa,

die ihn Ende August nach Bonn, London und Paris bringen wird – für eine westliche Gipfelkonferenz war General de Gaulle nicht zu haben –, soll dazu dienen, die westeuropäischen Verbündeten der USA zu beruhigen.

Im Schatten sensationeller Ereignisse hat sich in Monrovia die *Konferenz der neun unabhängigen afrikanischen Staaten* (Ghana, Tunesien, Liberia, Sudan, Marokko, Äthiopien, Guinea, Libyen, Vereinigte Arabische Republik) abgespielt. Dabei wurde die französische Politik besonders aufs Korn genommen. In einer Resolution wurde Frankreich aufgefordert, das Recht Algeriens auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anzuerkennen, die Feindseligkeiten einzustellen und Verhandlungen mit der provisorischen algerischen Regierung aufzunehmen. Die Konferenz verurteilte die Absicht der französischen Regierung, in der Sahara Kernversuche durchzuführen. Eine weitere Resolution kritisiert die Rassendiskriminierung in der Südafrikanischen Union, in der Zentralafrikanischen Föderation und in Kenia.

Mit den Entwicklungsländern befaßte sich auch der *6. Kongreß der Sozialistischen Internationale*. Die Resolution über allgemeine Probleme enthält eine grundsätzliche Stellungnahme des demokratischen Sozialismus, die es verdient, festgehalten zu werden:

«Der Kongreß begrüßt den Fortschritt, den Sozialisten in Asien, dem Mittleren Osten, Afrika und Lateinamerika im Dienste ihrer Ideale der Freiheit und des Friedens erreicht haben. Er bringt seine Solidarität mit ihren Bestrebungen zum Ausdruck, den Völkern dieser Kontinente die Achtung ihrer Grundrechte und demokratischen Freiheiten zu verschaffen.

Die demokratischen Sozialisten der ganzen Welt werden ihren Kampf gegen alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch Menschen und gegen alle Formen kolonialistischer und kapitalistischer Unterdrückung fortsetzen. Sie werden mehr denn je einig sein, um die wirtschaftliche Entwicklung verarmter Völker, die Modernisierung ihrer Landwirtschaft und ihrer Industrie, ebenso wie alle Formen internationaler Hilfe, die sie instand setzen können, ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten selbst zu entwickeln, voranzutreiben. Sie betonen nachdrücklich die Notwendigkeit, den Entwicklungsländern Hilfe im Weltmaßstab zu liefern durch den Ausbau der im Rahmen der Vereinten Nationen bestehenden Organisationen für die Wirtschaftsentwicklung dieser Länder, und sie betonen ebenso nachdrücklich die Notwendigkeit, daß industrialisierte Länder zu diesem Zweck einen angemessenen Beitrag leisten, der sich auf mindestens 1 Prozent ihres Volkseinkommens belaufen soll.

Der Kongreß gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß der demokratische Sozialismus der einzige Weg für die Völker Asiens, des Mittleren Ostens, Afrikas und Lateinamerikas ist, Selbständigkeit und echte Unabhängigkeit, bürgerliche und politische Freiheiten und die rationelle Organisation eines befriedigenden Lebensstandards rasch zu erreichen.

Der Kapitalismus beutet aus. Der Kommunismus unterdrückt. Nur der demokratische Sozialismus kann den Menschen frei machen.»

In *Algerien* geschehen grauenvolle Dinge: Gefangene werden mißhandelt und gefoltert, die Menschenrechte mit Füßen getreten. — Der außerordentliche Kongreß des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der am 5. Juli in Bern tagte, hatte an General de Gaulle ein Telegramm geschickt, um die Freilassung des von einem französischen Militärgericht freigesprochenen Generalsekretärs des Algerischen Gewerkschaftsbundes, *Aissat Idir*, zu erwirken. Aber es nützte nichts. Aissat Idir ist gestorben. Wurde er zu Tode gefoltert? Wir wissen, daß Aissat Idir auch nach seinem Freispruch in Haft gehalten wurde. Wir wissen auch, daß in *Algerien* politische Gefangene gefoltert werden. Der Internationale Bund freier Gewerkschaften und mit ihm der Schweizerische Gewerkschaftsbund haben die französische Regierung ersucht, die Umstände, die zum Tode des algerischen Gewerkschaftsführers führten, zu klären, und die Schuldigen festzustellen. Auch die internationale Juristekommission fordert eine Untersuchung durch eine unabhängige Körperschaft.

Aissat Idir aber ist nur einer unter vielen. Wir fragen beschämt, was eigentlich noch alles geschehen muß, bis Frankreich zur Besinnung kommt. Was ist das für ein «zivilisiertes» Land, das Folterungen zuläßt, das unbedeuende Menschen einfach auf die Seite schafft, das freie Meinungsäußerungen unterdrückt, das Recht und Moral und die primitivsten Gebote der Menschlichkeit mißachtet? Wir kritisierten die Verbrechen des Nationalsozialismus. Wir verurteilen die Unmenschlichkeit der kommunistischen Gewaltherrschaft. Die Verbrechen, die in unserer westlichen Welt begangen werden, erfüllen uns mit noch größerem Abscheu. Denn es geht um fundamentale Prinzipien, um Recht und Gesetz, um den Fortbestand unserer Kultur. Der freie Westen steht und fällt mit dem lebendigen und sich ständig erneuernden Bekenntnis zur Humanität.

BH